

Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa

Bredies, Ingmar

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bredies, I. (2009). Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Osteuropaforschung 2009/2, 9-20. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206465>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa

Ingmar Bredies

Einleitung

Externe Demokratieförderung gehört in Europa erst seit relativ kurzer Zeit zum Instrumentarium außenpolitischen Handelns. Umso beeindruckender ist, mit welcher Dynamik und Vielschichtigkeit dieses Aktionsfeld seit der Zeitenwende 1989/90 an Konturen gewonnen hat. Mit Hinblick auf die Region Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa sowie die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens und im südlichen Kaukasus wird – analog zu den starken Unterschieden bei Verlauf, Formen und Folgen des politischen Systemwechsels – auch bei der Einschätzung der Auswirkungen und Effizienz von Demokratieförderung oft ein starkes Erfolgsgefälle ausgemacht. So haben sich die Staaten des Baltikums und Ostmitteleuropas innerhalb kürzester Zeit aus Zielländern zu aktiven „Demokratisierern“ mit eigenen Zielstellungen und Strategien entwickeln können (Jonavicius 2008). Den anderen Gegenpol bilden die Staaten Zentralasiens, im Südkaukasus (Georgien mit Einschränkungen), die Russische Föderation und die Republik Belarus, wo der EU mitunter vorgeworfen wird, mit ihrer Strategie versagt zu haben (Hanisch 2004; McFaul 2005a; Mendelson 2001; Wieck 2006). Ambivalent fällt das Urteil für die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien aus, wo die Annäherungsabsichten der jeweiligen Regierungen an die EU bis hin zur vollständigen Integration noch vorrangig deklaratorischer Natur sind (McFaul 2007) und zudem auch die Europäische Union selbst momentan nicht die entsprechende Inklusionskraft entfalten kann. Das Engagement auf dem westlichen Balkan ist hingegen vor allem mit der Zielsetzung von zivilem Krisenmanagement im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Zusammenhang zu bringen und folgt demnach einer separat zu betrachtenden Logik externer Demokratieförderung (vgl. Schimmelpfennig 2007: 127 ff.). Wie ist die Rolle europäischer, externer Demokratieförderung einzuschätzen, welche Erfolgsbedingungen bestehen für entsprechende Maßnahmen in Osteuropa und was ist vor dem Hintergrund eines sich international stark wandelnden Umfeldes noch erwartbar?

In diesem Beitrag sollen zunächst die zentralen Grundsätze und Prioritäten europäischer Demokratieförderung herausgestellt werden, die am deutlichsten in einer Gegenüberstellung mit dem US-amerikanischen Ansatz zu Tage treten. Hieran schließt sich eine Einschätzung der EU als externer „Demokratisierer“ an. In der betreffenden Region lässt sich die Relevanz einiger unerwarteter und dem eigentlichen Förderziel der Demokratisierung mitunter zuwider laufenden „Nebeneffekte“ feststellen, auf die ebenfalls in diesem Beitrag eingegangen wird. Abschließend werden auf dieser Grundlage einige Entwicklungsperspektiven und der künftige Handlungsrahmen europäischer Demokratieförderung vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen skizziert.

Grundannahmen, Problemstellungen, Thesen

Diesem Beitrag liegt zunächst folgende Definition zugrunde: Externe Demokratieförderung umfasst die Gesamtheit aller nichtmilitärischen, (in)direkt von öffentlichen wie privaten ausländischen Ak-

teuren umgesetzten Maßnahmen, mit denen im Rahmen der Liberalisierung und Demokratisierung autokratischer Regime oder der Konsolidierung und Restauration der Demokratie die nachhaltige Etablierung zumindest minimaler Kriterien liberaldemokratisch und republikanisch verfasster Staatenordnungen und entsprechender politischer Entscheidungsprozesse erwirkt werden soll (vgl. Burrell 2007: 1 ff.; DIE 2009: 2; Sandschneider 2003: 3 f.; Schmitter / Brouwer 1999: 12 ff.). Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erwartungshaltungen an Ziele und Aufgaben externer Demokratieförderung in der hier relevanten Region sowie deren Leistungen und Grenzen nähert sich dieser Beitrag dem Thema über folgende Grundannahmen und Problemstellungen an, die in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit externer Demokratieförderung zunehmend an Bedeutung gewinnen:

- Demokratieförderung befindet sich aus der Perspektive eines normativ motivierten Exports von universalistisch anwendbaren und alternativlos scheinenden Normen, Werten und Prinzipien in einer tiefen Sinnkrise. Westliche Demokratien haben viel von ihrer ursprünglichen Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft eingebüßt und dienen längst nicht mehr als vorbehaltlos übernommene Gesellschaftsentwürfe mit klaren Zielvorgaben und Orientierungsleistungen für Systemwechselstaaten. Dieser Befund ist unter anderem auch auf eine Krise der Demokratie in den Geberländern selbst zurückzuführen. Die gegenwärtig stark eingeschränkte Anziehungskraft und der enge Handlungsrahmen der EU als Demokratiepromoter in der hier relevanten Region ergibt sich vorrangig aus den andauernden, institutionellen Strukturanpassungen, deren Lösung mit dem Verfassungsvertrag zunächst gescheitert (vgl. Gänzle 2007: 110 f.), gegenwärtig jedoch mit der Neuverhandlung des Vertrags von Lissabon vor dem Abschluss stehen.
- Die normativ fundierte betriebene externe Demokratisierung kommt immer häufiger einer riskanten Gratwanderung gleich: Zum Einen dient sie als Instrument einer als legitim empfundenen Sozialisierung von Gesellschaften mit dem Verweis auf universal gültige Normen, Werte und Prinzipien. Da dadurch der Entgrenzung des Nationalstaatsprinzips Vorschub geleistet wird, sieht sich die Praxis externer Demokratieförderung andererseits dem Vorwurf ausgesetzt, international anerkannte Prinzipien des Völkerrechts (Nichteinmischung, Souveränität) zu unterwandern und zudem andere subjektive Interessenlagen (wirtschaftliche, politische, kulturelle) der Geberländer zu befördern (vgl. Krasner 2008; McFaul 2004: 153 ff.). Wie lässt sich dieser Widerspruch aufheben und das hier angelegte Konfliktpotential entschärfen?
- Motivationen, Ziele und Wirkungsweisen externer Demokratieförderung werden auch im Kontext des Verlustes einer klaren Vorstellung von einer idealen „Ankunftsgesellschaft“ in einigen Systemwechselstaaten in der Region zunehmend ambivalenter. So haben sich semiautokratische und andere hybride Regime mit dem Anpassungsdruck externer Demokratieförderung sehr gut arrangieren können und diese teilweise gar zur Stabilisierung ihrer Position nutzen können. Auch die vermeintliche Vorreiterrolle der 2004 (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen) und 2007 (Bulgarien, Rumänien) der EU beigetretenen Staaten verblasst vor dem Hintergrund zunehmender Zweifel an einer durch politische Konditionalität und der Aussicht auf Vollmitgliedschaft erzeugten, nachhaltigen Demokratisierung (vgl. Ekiert 2007: 15 ff.; Gawrich / Lapins 2006: 9 ff.; Schimmelpfennig 2007: 139 f.; Steunenberg / Dimitrova 2007). Maßnahmen externer Demokratieförderung können zu sehr ambivalenten Resultaten führen; mitunter der Demokratiequalität und Demokratiekonsolidierung in einer Zielregion sogar abträglich sein. Die maßgeblich durch externe Akteure herbeigeführten „zweiten Systemwechsel“ der Farb- und Wahlrevolutionen sind so beispielsweise voreilig als demokratischer Durchbruch bezeichnet worden (Forbrig / Demeš 2007; Karatnycky / Ackerman 2005; McFaul 2005b: 6 ff.) und haben die innenpolitische Situation in einigen Staaten (Ukraine, Georgien) eher destabilisiert. Wie ist die

Effizienz externer Demokratieförderung in diesen Fällen einzuschätzen und welche Lehren sind daraus für die künftige Formulierung und Umsetzung externer Demokratieförderung zu ziehen?

Grundsätze und Prioritäten europäischer Demokratieförderung

In diesem Abschnitt erfolgt eine Kurzdarstellung von Anspruch, Strategie, Ausrichtung, Wahl von Instrumentarien und der Umsetzung europäischer Demokratieförderung, wobei eine Gegenüberstellung mit den USA einige Besonderheiten illustrieren soll. Im Zusammenspiel beider zu kennzeichnender Ansätze lassen sich komplementäre und kooperative Elemente; in einigen Aspekten jedoch auch eine deutlich eingeschränkte Kompatibilität nachweisen (vgl. Basile 2009: 25 ff.; Kopstein 2006). Um diese Aussagen zu stützen, stellt sich bei der Untersuchung externer Demokratieförderung aus vergleichender Perspektive demnach die Frage, was, wer, wo, warum und wie gefördert wird (vgl. Basile 2009: 1 ff.; Sandschneider 2003: 11).

Im Vergleich zur EU und ihrer Mitgliedstaaten hat externe Demokratieförderung in den USA eine lange Tradition, die sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen lässt. Dabei sind signifikante Paradigmenwechsel vollzogen worden, wobei Demokratieförderung sehr häufig realpolitisch motiviert und insbesondere im Kontext des Ost-West-Konflikts durch eine widersprüchliche Doppelmoral gerade auch gegenüber autokratischen politischen Regimen unterschiedlichster Couleur gekennzeichnet war (Bunce / Wolchik 2006: 1 ff.; Basile 2009: 10 f.; Carothers 2007a; Krasner 2008: 2 ff.). Die USA sehen sich gegenwärtig in besonderem Maße mit einem zunehmenden Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust konfrontiert. Der Legitimitätsanspruch der USA als Promoter von Demokratie als „world value“ (McFaul 2004) hat starken Schaden genommen. In erster Linie ist dies auf das unilaterale, außenpolitische Handeln (Irak) sowie fragwürdige Verfahrensweisen (Guantanamo, Abu Ghuraib) zurückzuführen. Hinzu treten illiberale Regierungspraktiken in der Innenpolitik. Die anhaltende Debatte um die Reformierung des Wahlsystems in den USA im Allgemeinen und der fragwürdige Ausgang der Präsidentschaftswahlen 2000 im Besonderen hat so beispielsweise die russische Staatsduma veranlasst, ihrerseits Wahlbeobachter in die USA zu entsenden und somit den amerikanischen „Überwachungsanspruch“ demokratischer Wahlen generell in Frage zu stellen (Bunce / Wolchik 2006: 11 f.; Carothers 2007b: 20 ff.). Erschwert werden alle Rehabilitierungsversuche der USA durch den Umstand, dass die allgemeine Aufbruchsstimmung im Zuge des als „Sternstunde der Demokratie“ empfundenen Umbruchs 1989/91 in Osteuropa zunehmend neuen Handlungs- und Denkmustern kompetitiver Geopolitik weicht (vgl. Carothers 2007b: 19 ff.; Youngs 2008: 1 f.). Trotz zahlreicher programmatischer Übereinstimmungen lassen sich einige signifikante Unterschiede bei der Konzeption und Umsetzung externer Demokratieförderung der EU ausmachen.

Der proaktiven oder antizipativen Ausrichtung der USA wird generell ein eher reaktiver Ansatz der EU gegenübergestellt. Sowohl die USA als auch die EU unterstreichen in entsprechenden Strategien, dass mit externer Demokratieförderung in erster Linie die Absicherung und Verbreitung politisch-moralischer Wertvorstellungen mit universalem Geltungsanspruch verfolgt wird (Basile 2009: 12 f.; Epstein / Serafino / Miko 2007: 18-27). Zentral ist dabei das normativ gestützte, wenngleich auch elastisch und diffus formulierte Konzept von „good governance“, dem sich auf vielfältige Weise angenähert werden kann. Im Kern handelt es sich um den prozessualen Rahmen „legitimen demokratischen Regierens“ (Jünemann / Knodt 2006: 113), der insbesondere den Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten, die Etablierung von Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit, die institutionelle Einbettung von Regierungshandeln, einheitliche Rechtssetzung und -sprechung, Justiz- und

politisch-administrative Reformen sowie die Einbeziehung intermediärer, zivilgesellschaftlicher Strukturen umfasst (vgl. DIE 2009; GTZ 2004). Dabei wird häufig auf die in der Friedens- und Konfliktforschung vorherrschende Prämisse hingewiesen, Demokratien würden eine besonders hohe „Friedensfähigkeit“ aufweisen.¹

Das Instrumentarium externer Demokratieförderung reicht dabei über „softe“ diplomatische Maßnahmen über wirtschaftliche Sanktionen bis hin zu militärischen Aspekten, wobei letztere jedoch von der eingangs dargelegten Definition ausgenommen worden sind. Dieser Aspekt ist im Unterschied zu den USA auch in allen offiziellen Programmen und Strategien der EU ausgeklammert worden. Aus dem Selbstverständnis der EU als Zivilmacht ergibt sich, dass die Anwendung militärischer Instrumente sich grundsätzlich in einen klar definierten Rahmen von Prinzipien und Bedingungen (effektiver Multilateralismus; Mandat durch UN; Regierungen oder Einbettung in andere internationale/regionale Institutionen; im Rahmen von Konfliktprävention, Friedenssicherung oder „Friedens erzwingung“) einzuordnen hat (vgl. Basile 2009: 20 ff.; Beichelt 2007: 12 ff.).

Hieran knüpft ein weiterer, ganz entscheidender Gegensatz an, der die Einschätzung betrifft, durch welche Wirkungskräfte autokratische Regime oder unterschiedliche Formen illiberaler Demokratien zur Öffnung bewegt oder aufgeweicht werden können. Der von den USA favorisierte „bottom-up-approach“ erzeugt im Idealfall einen von zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgeübten Druck, in dessen Folge sich der Zusammenbruch von autoritären Regimen sowie die Errichtung von Demokratie und Marktwirtschaft einstellen (Basile 2009: 24 f.). Dieser Ansatz impliziert auch ein aktives Eingreifen nach dem Prinzip *“topple the leader...and let civil society take over“* (Kopstein 2006: 2). Im Gegensatz hierzu verfolgt die EU in der hier relevanten Region sehr deutlich einen „top-down-approach“, bei dem die Kooperation mit den amtierenden Regierungen und den relevanten politischen Eliten gesucht wird. Die Maßnahmen richten sich auf die Etablierung und Stabilisierung der bereits erwähnten Prinzipien legitimen demokratischen Regierens, ohne jedoch zwingend einen Regimewechsel einleiten zu müssen. So wird gerade auch die EU-Osterweiterung überwiegend als „Elitenprojekt“ gewertet, bei dem die öffentliche Unterstützungshaltung sich in den betreffenden Staaten oft erst im Nachhinein eingestellt hat (Raik 2004: 567 ff.); Sandschneider 2003: 34 ff.). Dieser Ansatz der EU setzt im Übrigen auch bewusst und pragmatisch auf gewisse Lernprozesse von Amtsinhabern in autokratischen Regimen oder defekten Demokratien.² Die Gründe für dieses Vorgehen ergeben sich aus dem Zielkonflikt zwischen Stabilisierungs- und Sicherheitspolitik einerseits und der in der Regel nachgeordneten Rolle der EU als normativ handelnder Demokratiepromoter (vgl. Fröhlich 2007: 75 ff.; Gänzle 2007: 119 ff.; Jünemann / Knodt 2006: 116 ff.).

Generell lassen sich externe Akteure in internationale und multilaterale regionale Organisationen, Nationalstaaten sowie NGOs unterscheiden (Sandschneider 2003: 23 ff.). Die für die EU typische Vielfalt von Akteuren, Formen und Finanzierungsquellen externer Demokratieförderung stellt dabei vor allem auch eine gewisse Konkurrenzsituation und gegenseitige Kontrolle sicher. Darüber hinaus

1 Die Gesetzmäßigkeit, Demokratien würden gegeneinander keinen Krieg führen, ist nach Auffassung einiger Politikwissenschaftler lediglich für die Periode 1946-1980 relevant. Im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Dilemmata wird mitunter autokratischen Regimen aufgrund ihrer vermeintlich effektiveren Entscheidungsstrukturen sogar eine höhere „Friedensfähigkeit“ zugeschrieben (vgl. Epstein / Serafino / Miko 2007: 7-11).

2 Als Beispiele hierfür können die Republik Belarus, Armenien, Aserbaidschan und die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken angeführt werden.

lässt sich innerhalb der Strukturen und Akteure externer Demokratieförderung zwischen den Mitgliedstaaten der EU und auch auf nationaler Ebene eine Arbeitsteilung nach bestimmten Arbeitsbereichen und Instrumenten ausmachen (Brucker 2007: 303 ff.; Langdon 2007; Youngs 2008: 10). Hieran knüpft sich jedoch die Schwierigkeit der Koordination und Abstimmung von Strategien, Zielstellungen und Organisationsstrukturen.³

Externe Demokratieförderung kann grundsätzlich nie ausschließlich normativ motiviert sein und geographische, ökonomische, kulturelle oder sicherheitspolitische Interessenlagen spielen bei den Geberländern stets eine erhebliche Rolle. Dies kann mitunter zu einer gewissen Inkonsistenz und Beliebigkeit bei der Instrumentenwahl und Implementierung von Maßnahmen führen (Jünemann / Knodt 2006: 120 ff.; Sandschneider 2003: 15-20; Schimmelpfennig 2007: 139 ff.). Dennoch steht gerade der europäische Integrationsprozess – und dies nicht erst im Kontext der EU-Osterweiterung (Ekiert 2007: 1 ff.) – für ein zuvor beispielloses Maß an Demokratisierung erzeugender konzeptioneller Stringenz. Im Zentrum steht dabei ein an das Prinzip Konditionalität gekoppeltes Set politischer und ökonomischer Anreize, das die sukzessive Angleichung der Staaten des Baltikums und Ostmitteleuropas bis zur vollständigen Integration ermöglicht hat (Schimmelpfennig 2007: 127 ff.). Für die hier relevante Region in ihrer Gesamtheit hat die EU bereits frühzeitig einen mehrgleisigen Kurs eingeschlagen. So wurden sehr deutlich potentielle Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft (Ostmitteleuropa, Baltikum), von einem erweiterten Kandidatenkreis (Balkan) und einem semiperiphrären Raum (GUS) unterschieden. Für Letzteren wurde mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik ein Konzept entwickelt, das mehr als Kooperation, jedoch weniger als den EU-Beitritt in Aussicht stellt (vgl. Fröhlich 2007: 77; Gänzle 2007: 110 ff.). Durch die Finalität des EU-Beitritts, die weit über sektorale Kooperationsformen anderer internationaler und regionaler Organisationen hinausgeht, konnte der Demokratisierungsprozess in Ostmitteleuropa und dem Baltikum eine besondere Dynamik entwickeln (vgl. Gawrich / Lapins 2006: 14 ff.; Kneuer 2007: 108 ff.). Einige Autoren weisen allerdings zu Recht darauf hin, dass in den EU-Mitgliedstaaten Ostmitteleuropas und des Baltikums auch schon ein gewisses „Ausgangsniveau“ und ein grundsätzliches Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten bereits vorherrschte. Dies wird auch durch den Umstand illustriert, dass der materielle Anteil von Demokratieförderungsmaßnahmen – gemessen am von der EU gewährleisteten finanziellen Gesamtvolumen in der Region in den 1990er Jahren – lediglich etwa bei einem Prozent lag (Raik 2004: 568 f.). Die Effektivität des Prinzips politischer Konditionalität hängt demnach vor allem vom Umfang internationaler Unterstützungsleistungen und deren Verhältnis zu den internen Strukturanpassungskosten ab (Schimmelpfennig / Engert / Knobel 2005: 30 ff.). Wie bereits betont, ist das Engagement der EU auf dem westlichen Balkan stark in den Kontext stabilitätsfördernden, zivilen Krisenmanagements zu bringen, was in der Etablierung eines speziellen EU-Instrumentariums (Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess) für diese Region ihren Ausdruck findet. Der Kooperationstiefe semisouveräner Staaten mit eingeschränkter Handlungsautonomie und schwacher Staatlichkeit (Bosnien-Herzegowina, Kosovo) oder tief gespaltener Gesellschaftsordnungen (Mazedonien, Serbien, Kroatien) mit der EU wären ansonsten deutlich engere Grenzen gesetzt. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) kann hingegen in erheblich geringerem Maße Anreize für Demokratisierung setzen, was sich vor allem aus der Heterogenität der Zielländer, Problemstellun-

3 Auch amerikanische Demokratieförderung sieht sich mit einem ähnlichen Problem konfrontiert, wobei im Wesentlichen folgende dominante Organisationsstrukturen unterschieden werden können: USAID, NED (National Endowment for Democracy), Außen- Finanz und Verteidigungsministerium, Weißes Haus und Kongress betreiben ihre Maßnahmen mit völlig unterschiedlichen Absichten, Methoden und Mitteln (Carothers 2007a; Karatnycky / Ackerman 2005: 9 ff.; Spence 2005: 11-30).

gen und Handlungsgrundlagen der EU ergibt (Beichelt 2007: 10-16; Schimmelpfennig / Scholtz 2008: 187 ff.). Die EU hat auf dieses Problem in den letzten Jahren verstärkt mit der Bilateralisierung der Beziehungen zu den betreffenden Staaten und eine individuell angepasste Ausdifferenzierung der Anreiz- und Motivationsstruktur reagiert.

Um die unterschiedliche Integrationstiefe der Systemwechselstaaten in der betreffenden Region im Verhältnis zur EU nachzuvollziehen, bietet sich die Modellierung des Verhältnisses zwischen der EU und potentieller Mitgliedstaaten an, wobei beide die Wahl haben, miteinander unter der Zielgabe der EU-Erweiterung zu kooperieren oder aber getrennte Weg zu gehen. Während die Entscheidung der EU im jeweiligen Kontext maßgeblich von der eigenen Integrationskapazität und -tauglichkeit abhängt, so spielt bei potentiellen Bewerbern die entscheidende Rolle, ob die durch diese Option zu erwartende Nutzen die internen Strukturanpassungskosten in den Ländern übersteigen. Hieraus ergeben sich demnach vier Konstellationen, denen sich die Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas sowie der sowjetischen Nachfolgestaaten zuordnen lassen (vgl. Steunenberg / Dimitrova 2007: 5 ff.). Im Idealfall fällt der Wunsch der EU und des betreffenden Staates nach vollständiger Integration in die EU zusammen, wie dies bei den acht, 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten des Baltikums und Ostmitteleuropas der Fall war. Sind beide Seiten nicht zu einer engeren Zusammenarbeit gewillt oder befähigt, so kommt keine Beitrittschance zustande – die Staaten Zentralasiens, des Südkaukasus (mit dem Sonderfall Georgien), die Russische Föderation und die Republik Belarus wären hierfür Beispiele. Für die Ausrichtung und Zielstellungen externer Demokratieförderungsmaßnahmen der EU wird es vor allem bei entsprechenden Mischkonstellationen interessant: So im Falle, dass die EU eine Beitrittsoption offen hält, obwohl das betreffende Land entsprechende Vorgaben verfehlt (z.B. Rumänien, Bulgarien, westlicher Balkan, Türkei)⁴ oder ein Land einen auf vollständige Integration zielenden Reformkurs einschlägt, was von der EU jedoch aus verschiedensten Gründen nicht mit einer Beitrittsgarantie honoriert werden kann (mit Einschränkung Ukraine, Georgien, Republik Moldau). Gerade mit der nach der Osterweiterung zunächst eingeschränkten politischen Integrationsfähigkeit der EU wird die Erfolgsbilanz europäischer Demokratieförderung somit zunehmend ambivalenter und die Strategie externer Demokratieförderung inkonsistenter, woraus einige unvorhergesehene „Nebeneffekte“ resultieren können (vgl. Youngs 2008: 3 ff.).

„Nebeneffekte“ und Herausforderungen externer Demokratieförderung in Osteuropa

Aus der eingangs formulierten Definition ergibt sich, dass externe Demokratieförderung selbst dem Wesen nach ja nur ein temporäres Phänomen in den entsprechenden Zielländern darstellen kann. Hieran knüpft sich eine Vielzahl von Problemlagen. In erster Linie können aus Fördermaßnahmen Abhängigkeiten in den Zielländern entstehen, neue Ungleichheiten verstetigt oder eine erhebliche Verzerrung innenpolitischer Realitäten bewirkt werden, was die jungen Demokratien Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas sowie die Staaten im postsowjetischen Raum vor enorme innenpolitische Belastungsproben stellen kann (vgl. Ekiert 2007: 4 ff.). Gerade auch in den neuen Mitgliedstaaten Ostmitteleuropas, des Baltikums und in Bulgarien und Rumänien sprechen einige Indizien dafür, dass

4 So sah sich die EU aufgrund entsprechender Verfehlungen in Rumänien und Bulgarien genötigt, zwei Mal vom vorgegebenen Zeitplan abzuweichen, da die betreffenden Staaten in den Bereichen Justiz- und Verwaltungsreform sowie Korruptionsbekämpfung erhebliche Defizite aufwiesen (Bechev / Noutcheva 2008: 120 ff.; Steunenberg / Dimitrova 2007).

der normative Wert externer Demokratieförderung dem Prozess institutioneller und ökonomischer Harmonisierung nachgeordnet worden ist. Hier stellt sich die Frage, ob die Rolle der EU als Demokratieförderer im Zuge der Osterweiterung nicht überschätzt wird. So haben sich beispielsweise aus dem nicht verhandelbaren Transfer des *acquis* und den Entscheidungsverfahren bei dessen Implementierung sowie den oft informellen Formen der Einflussnahme zahlreiche Einschränkungen für die Demokratiequalität in den neuen Mitgliedstaaten ergeben, die auf einen „Export des Demokratie-defizits der EU“ hinweisen. Neben dem für die EU typischen Exekutionalismus treten noch weitere Probleme auf, die sehr stark verdeutlichen, dass an der Nachhaltigkeit einer durch politische und ökonomische Konditionalität erzeugten Demokratisierung berechnete Zweifel bestehen. Die vollständige Durchdringung der Innenpolitik erweckt in vielen neuen Mitgliedstaaten den Eindruck, nur geringfügig auf Politikgestaltung innerhalb der EU und im eigenen Land einwirken zu können und einem fremdgesteuerten Automatismus ausgeliefert zu sein. Das Institutionensystem wurde innerhalb weniger Jahre fundamental überformt und konnte sich nicht kontinuierlich entwickeln. Die empfundene Marginalisierung wird zudem durch die vergleichsweise geringe Größe und Bevölkerungszahl der meisten neuen Mitgliedstaaten bedingt. Auch der ökonomischen Konvergenz mit der EU-15 ist in den neuen Mitgliedstaaten Grenzen gesetzt (vgl. Ekiert 2007: 16 ff.; Raik 2004: 567 ff.).

Gewisse Schieflagen zwischen Geber- und Empfängerstaaten ergeben sich zudem aus der Tendenz, dass sich die Konzipierung und Umsetzung externer Demokratieförderung oft an „in-issues“ in den Geberländern orientiert ist und nicht ausreichend auf die regionalen Spezifika und Anforderungen in den Zielregionen eingegangen wird (Bunce / Wolchik 2006: 1 ff.; McFaul 2007: 46 f.). Hieraus können sich erhebliche Fehlleistungen ergeben. So ist in bestimmten Zielländern – insbesondere in einigen postsowjetischen Staaten (Russische Föderation, Ukraine) – eine spezifische „Förderindustrie“ entstanden, die im Rahmen konkreter Zielsetzungen externer Demokratieförderung zwar einen wichtigen Beitrag leisten kann, jedoch gegenwärtig kaum Breitenwirkung auf größere Bevölkerungsteile oder Ausstrahlungskraft auf angewandte Politik erzielen kann. Zudem folgt die Gewährung von Förderleistungen mitunter zu offensichtlich den Präferenzen der Geberländer und kommt häufig konkret angebbaren Akteuren zu Gute. In diesem Zusammenhang ist den „farbigen Wahlrevolutionen“ in der Slowakei (1998), Serbien (2000), Georgien (2003) und der Ukraine (2004) besonderes Interesse entgegen zu bringen. Europäische – und stärker noch amerikanische externe Demokratisierungsmaßnahmen – haben bei den sich im Zuge von Wahlen vollziehenden „zweiten Systemwechseln“ in diesen Staaten eine herausragende Rolle gespielt (Bunce / Wolchik 2007; McFaul 2007: 48 ff.).⁵ In einigen Fällen, so insbesondere in der Ukraine und in Georgien, werden die Wahlausgänge der „farbigen Revolutionen“ jedoch von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung und der politischen Elite als vorrangig durch externe Kräfte fabriziert und inszeniert betrachtet, worin mitunter ein Indiz für die Erosion staatlicher Souveränität gesehen wird.⁶ Westliche Akteure haben

5 Zum erweiterten Kreis lassen sich ab 1996 zudem Bulgarien, Kroatien und Rumänien zählen. Die „Tulpenrevolution“ in Kirgisien konnte keine Nachhaltigkeit erzeugen und wird daher hier nicht berücksichtigt. Bisher blieb ähnlichen Maßnahmen bei Wahlen in Armenien, Belarus und Aserbaidschan der Erfolg verwehrt. Die externe Unterstützung freier und kompetitiver Wahlen lässt sich in den USA bis in die 1980er Jahre zurückverfolgen. Als erfolgreich dürfen die auf diesem Wege eingeleiteten Demokratisierungsprozesse auf den Philippinen (1986), in Chile (1988) und Nicaragua (1990) gelten (Bunce / Wolchik 2006: 8 ff.).

6 Georgien und die Ukraine sind nach Israel finanziell die größten Nutznießer amerikanischer, externer Unterstützungsmaßnahmen. Gemessen an den Gesamtaufwendungen pro-Kopf hat kein Land seit Mitte der 1990er Jahre mehr Unterstützung erhalten als Georgien, wo man die zentrale Zubringerstraße zum Flughafen

bei der „Partnerwahl“ in diesen Fällen vor allem verschiedene regimeoppositionelle Gruppierungen begünstigt, denen allein aufgrund ihres Status affektiv eine besondere Demokratiekompetenz und zivilgesellschaftliche Verankerung zugeschrieben wurde. Die einseitige Bevorzugung von oppositionellen Akteuren kann jedoch die Glaubwürdigkeit von Förderern wie Geförderten untergraben. In diesem Zusammenhang ist auch das mitunter stark kritisierte Vorgehen der EU zu betrachten, dass auch der Dialog mit den Amtsinhabern und Regierungsstrukturen in Autokratien oder illiberalen Demokratien gesucht wird, auch wenn der Handlungsspielraum von Fördermaßnahmen sehr beschränkt bleibt und mitunter auf offene Ablehnung stößt (Hanisch 2004; Wieck 2006: 58 ff.). Wo Demokratieförderung demnach zu „aufgesetzt“ wirkt und nicht nach klar formulierten, überprüfbar und in den Zielregionen akzeptierten Kriterien verfahren wird, können derartige Maßnahmen in den betreffenden Staaten innenpolitisch destabilisierend wirken. Bestehen zudem noch Vorbehalte gegen die Zielstellungen der Geberländer innerhalb der Bevölkerung und einem Teil der politischen Elite in den Zielregionen, so können autokratische Regime mitunter noch einen Popularitätszuwachs verzeichnen. Gleiches gilt für negative Sanktionen, die sich als regimestabilisierend für autokratisch regierte Staaten (z.B. Belarus) erweisen können (Carothers 2007b: 13 ff.). Geberländer sollten sich unter Berücksichtigung regionaler Spezifika in den Zielländern um eine möglichst „indigene“ Form der Demokratieförderung bemühen, um asymmetrische Interdependenzen zu vermeiden, auch wenn dies mit Hinblick auf die jungen Staaten in Osteuropa ohne eigene demokratische Traditionen und Staatlichkeit mitunter schwierig erscheinen mag (vgl. GTZ 2004: 15 ff.; Pop-Eleches 2007: 156 ff.).

Demokratisierungsprozesse – ob nun von inneren oder äußeren Faktoren bedingt – birgen ein enormes Konflikt- und Destabilisierungspotenzial. Hier sieht sich die EU als externer Demokratisierer gerade in ihrem unmittelbaren Umfeld einem Zielkonflikt zwischen sicherheitspolitisch motivierter Gewährleistung von Stabilität und der normativ ausgerichteten Förderung einer als universalistisch verstandenen, liberaldemokratisch und republikanisch verfassten Gesellschaftsordnung. Der Primat der Sicherheitspolitik kann zu ambivalenten Ergebnissen in der externen Demokratieförderung führen. In Staaten mit verzögerten und unvollständigen Systemwechseln, deren Regierungssysteme unterschiedliche hybride Mischformen mit autokratischen Herrschaftselementen annehmen können, sind mitunter westliche Demokratieförderungsprogramme als Ursache innenpolitischer Destabilisierung und Konflikten ausgemacht worden (Jünemann / Knodt 2006: 118 f.). Mitunter haben auch Regierungen mit schwachem Demokratiebekenntnis in unterschiedlicher Weise gelernt, mit dem durch Maßnahmen der Demokratieförderung erzeugten Anpassungsdruck umzugehen und ihn nach Möglichkeit zu ihren Gunsten einzusetzen. In Anknüpfung daran attestieren einige Politikwissenschaftler voll entwickelten Diktaturen bessere Aussichten auf eine erfolgreiche Demokratisierung als Semiautokratien oder illiberalen Demokratien, die in dieser Hinsicht bereits bestimmte Anpassungsstrategien entwickeln konnten (Beaulieu 2009; McFaul 2007: 52 ff.).

fen Tiflis zu Ehren des damaligen US-amerikanischen Präsidenten 2005 in „George W. Bush Street“ umbenannte (Bunce / Wolchik 2006: 5 ff.). In der Ukraine wurde beispielsweise im Kontext der „Orangen Revolution“ mitunter die amerikanische Staatsangehörigkeit der Frau von Präsidentschaftskandidat Viktor Juschtschenko Kateryna, die u.a. in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit am Weißen Haus und im Justizministerium tätig war, als Indiz für dessen eingeschränkte Handlungsautonomie und „Hörigkeit“ gegenüber der USA gewertet.

Schlussfolgerungen und Perspektiven

In diesem Beitrag wurde der Versuch unternommen, zunächst die Grundsätze und Prioritäten europäischer externer Demokratieförderung zu verorten sowie eine Zwischenbilanz und weitere Perspektiven für Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa sowie den postsowjetischen Raum aufzuzeigen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stehen dabei vor der Herausforderung, die Auswahl neuer Strategien, Zielstellungen, Instrumente und Erfolgskriterien in der Region an ein verändertes internationales Umfeld anzupassen, um einem nachhaltigen Glaubwürdigkeits- und Legitimationsverlust als Demokratiepromoter entgegen zu wirken. Über welche Wirkungshebel verfügt die EU vor allem im postsowjetischen Raum noch?

In den Staaten Ostmitteleuropas und des Baltikums, wo aufgrund geographischer, kultureller, historischer und ökonomischer Faktoren die Aussichten auf eine Integration und die damit verbundenen Gewinne am höchsten waren, konnte dieser Prozess mit der EU-Osterweiterung abgeschlossen werden (Pop-Eleches 2007: 142 ff.). Die betreffenden Staaten leisten bereits mit unterschiedlichen Zielstellungen im Rahmen der EU, anderer regionaler Organisationen oder bilateral einen nicht unerheblichen Eigenbeitrag externer Demokratieförderung (Jonavicius 2008). Dennoch wurde in diesem Beitrag explizit darauf hingewiesen, dass das Prinzip der politischen und ökonomischen Konditionalität mitunter mit den Ansprüchen einer normativ betriebenen Demokratieförderung kollidieren kann. Unter der Zielgabe eines vollständigen Beitritts zur EU konnte externe Demokratieförderung zunächst eine völlig andere Integrationsdynamik entwickeln als dies beispielsweise im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik möglich ist. Die häufig unterstellte „Demokratisierungsresistenz“ bestimmter Regionen und Staaten (z.B. Zentralasien, Südkaukasus, Russische Föderation) entspringt also neben innenpolitischen Faktoren auch einer begrenzten Inklusionskraft und fehlender Anreize durch die EU. Künftig steht die EU insbesondere in den Staaten mit einer zumindest langfristig realistischen und praktikablen Beitrittsperspektive (Ukraine, Republik Moldau mit Einschränkung Republik Belarus) vor der Herausforderung, die Effizienz externer Demokratieförderung in den entsprechenden Staaten durch ein lukratives System von Belohnungen und Gegenleistungen zu erhöhen. In diesen Staaten und auf dem westlichen Balkan sind auch künftig die Schwerpunktregionen europäischer Demokratieförderung zu vermuten. Wesentlich bescheidenere Ziele und Ergebnisse werden auch weiterhin für die Staaten des südlichen Kaukasus und Zentralasiens zu erwarten sein.

Literaturverzeichnis

- Basile, Linda (2009): Competitiveness, Cooperation or Complementarity? American and European Roles in Democracy Promotion (Jean Monnet Working Papers in Comparative and International Politics, 66). <http://www.fscpo.unict.it/EuroMed/jmwp66.pdf>
- Beaulieu, Emily (2009): In the Shadow of Democracy Promotion: Strategic Manipulation, International Observers, and Election Boycotts, in: Comparative Political Studies 42 (3): 392-415.
- Bechev, Dimitar / Noutcheva, Gergana (2008): The Successful Laggards: Bulgaria and Romania's Accession to the EU, in: East European Politics and Societies 22 (1): 114-144.
- Beichelt, Timm (2007): Democracy Promotion in Eastern Europe in the Context of the European Neighbourhood Policy (Paper presented at the EUSA Tenth Biennial International Conference Montreal, Canada, May 17-19).

- Brucker, Matthias (2007): Trans-national Actors in Democratizing States: The Case of German Political Foundations in Ukraine, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 23 (2): 296–319.
- Bunce, Valerie / Wolchik, Sharon (2006) Bringing Down Dictators: American Democracy Promotion and Electoral Revolutions in Postcommunist Eurasia.
<http://falcon.arts.cornell.edu/Govt/faculty/Bunce%20docs/bringing%20down.pdf>
- Bunce, Valerie / Wolchik, Sharon (2007): Transnational Networks, Diffusion Dynamics, and Electoral Revolutions in the Postcommunist World, in: *Physica A: Statistical Mechanics and its Applications* 378 (1): 92–99.
- Burnell, Peter (2007): Does International Democracy Promotion Work? (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Discussion Paper, 17/2007). Bonn
- Carothers, Thomas (2007a): A Quarter-Century of Promoting Democracy, in: *Journal of Democracy* 18 (4): 112–115.
- Carothers, Thomas (2007b): U.S. Democracy Promotion During and After Bush (Carnegie Endowment for International Peace).
http://www.carnegieendowment.org/files/democracy_promotion_after_bush_final.pdf
- DIE (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) (2009): Demokratieförderung: Kein Ende der Geschichte (Analysen und Stellungnahmen, 1/2009).
[http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7NQD7P/\\$FILE/AuS%201.2009.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7NQD7P/$FILE/AuS%201.2009.pdf)
- Ekiert, Grzegorz (2007): Dilemmas of Europeanization: Eastern and Central Europe after the EU Enlargement, in: *Acta Slavica Iaponica* 25: 1–28.
- Epstein, Susan B. / Serafino, Nina M. / Miko, Francis T. (2007): Democracy Promotion: Cornerstone of U.S. Foreign Policy? (Congressional Research Service Report for Congress, December 26).
<http://www.fas.org/srg/crs/row/RL34296.pdf>
- Forbrig, Joerg / Demeš, Pavol (eds.) (2007): Reclaiming Democracy: Civil Society and Electoral Change in Central and Eastern Europe. Washington: German Marshall Fund.
<http://www.gmfus.org/doc/Reclaiming%20Democracy%20web%20version.pdf>
- Fröhlich, Stefan (2007): The European Neighbourhood Policy: An Adequate Instrument for Democratization?, in: Lang, Kai Olaf / Varwick, Johannes (eds.): *European Neighbourhood Policy. Challenges for the EU-Policy towards the new Neighbours*. Opladen / Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 75–86.
- Gänzle, Stefan (2007): The European Neighbourhood Policy: a Strategy for Security in Europe, in: Gänzle, Stefan / Sens Allen G.: *The Changing Politics of European Security. Europe Alone?* Houndmills / Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Gawrich, Andrea / Lapins, Wulf (2006): Demokratieförderung als europäische Herausforderung: Perspektiven für die östlichen Nachbarländer der EU. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
<http://www.andrea-gawrich.de/wp-content/FES.pdf>
- GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) (2004): Good Governance und Demokratieförderung zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Ein Diskussionspapier.
<http://www.gtz.de/de/dokumente/de-SVMP-czada-weilenmann-2004.pdf>
- Hanisch, Stefan (2004): Demokratieförderung in Usbekistan: Erfahrungen im Rahmen eines EU-Projektes, in: *Internationale Kooperation* 20: 86–89.

- Jonavicius, Laurynas (2008): The Democracy Promotion Policies of Central and Eastern European States (FRIDE Working Paper, 55). <http://www.fride.org>
- Jünemann, Annette / Knodt, Michèle (2006): Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union: Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich – ein Tagungsbericht, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 13 (1): 113-122.
- Karatnycky, Adrian / Ackerman, Peter (2005): *How Freedom Is Won: From Civic Struggle to Durable Democracy*. New York: Freedom House.
http://www.freedomhouse.org/uploads/special_report/29.pdf
- Kneuer, Marianne (2007): *Demokratisierung durch die EU. Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kopstein, Jeffrey (2006): EU, American and Canadian Approaches to Democracy Promotion: Are They Compatible?
[http://www.carleton.ca/europecluster/Workshop-June12-2006/\(Kopstein\)EU-US-Canada-DemocracyPromotion.pdf](http://www.carleton.ca/europecluster/Workshop-June12-2006/(Kopstein)EU-US-Canada-DemocracyPromotion.pdf)
- Krasner, Stephen D. (2008): *Sovereignty and Democracy Promotion* (Prepared for presentation at the U.S.-Islamic World Forum, Doha, Feb. 16-18, 2008). www.qatar-conferences.org/usislamic2008/publications/krasner.pdf
- Langdon, Chris (2007): *The European Approach to Democracy Support* (Wilton Park Conference, 07/4). <http://www.wiltonpark.org.uk/documents/conferences/WPS07-4/pdfs/WPS07-4.pdf>
- McFaul, Michael (2004): Democracy Promotion as a World Value, in: *The Washington Quarterly* 28 (1): 147–163.
- McFaul, Michael (2005a): *American Efforts at Promoting Regime Change in the Soviet Union and then Russia: Lessons Learned* (Center on Democracy, Development, and the Rule of Law Stanford Institute on International Studies, 44).
http://iis-db.stanford.edu/pubs/20748/CDDRL_Working_Paper43McFaulFIN.pdf
- McFaul, Michael (2005b): Transitions from Postcommunism, in: *Journal of Democracy* 16 (3): 5-19.
- McFaul, Michael (2007): Ukraine Imports Democracy: External Influences on the Orange Revolution, in: *International Security* 32 (2): 45-83.
- Mendelson, Sarah E. (2001): Between Success and Failure: Democracy Assistance and Political Transition in Russia, in: *International Security* 25 (4): 68–106.
- Pop-Eleches, Grigore (2007): Between Historical Legacies and the Promise of Western Integration: Democratic Conditionality after Communism, in: *East European Politics and Societies* 21 (1): 142–161.
- Raik, Kristi (2004): EU Accession of Central and Eastern European Countries: Democracy and Integration as Conflicting Logics, in: *East European Politics and Societies* 18 (4): 567-594.
- Sandschneider Eberhard (2003): *Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen* (Gutachten für das Centrum für angewandte Politikforschung). http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf
- Schatz, Edward (2006): Access by Accident: Legitimacy Claims and Democracy Promotion in Authoritarian Central Asia, in: *International Political Science Review* 27 (3): 263-284.

- Schimmelpfennig, Frank (2007): European Regional Organizations, Political Conditionality, and Democratic Transformation in Eastern Europe, in: *East European Politics and Society* 21 (1): 126-141.
- Schimmelpfennig, Frank / Scholtz, Hanno (2008): EU Democracy Promotion in the European Neighborhood: Political Conditionality, Economic Development, and Transnational Exchange, in: *European Union Politics* 9 (2): 187-215.
- Schimmelpfennig, Frank / Engert, Stefan / Knobel, Heiko (2005): The Impact of EU Political Conditionality, in: Schimmelpfennig, Frank / Sedelmeier, Ulrich (eds.): *The Europeanization of Central and Eastern Europe*. Cornell: Cornell University Press, 29-50.
- Schmitter, Philippe / Brouwer, Imco (1999): *Conceptualizing, Researching and Evaluating Democracy Promotion and Protection* (European University Institute Working Paper, 9/99). Florence.
- Spence, Matthew (2005): *Policy Coherence and Incoherence: The Domestic Politics of American Democracy Promotion* (Center on Democracy, Development, and the Rule of Law Stanford Institute on International Studies, 31).
http://iis-db.stanford.edu/pubs/20808/Spence-_CDDRL_10-4_draf1_No31.pdf
- Steunenberg, Bernard / Dimitrova, Antoaneta (2007): Compliance in the EU Enlargement Process: The Limits of Conditionality, in: *European Integration online Papers* 11.
- Wieck, Hans-Georg (2006): Demokratieförderung in der Sackgasse: Europas Versagen in Osteuropa am Beispiel Belarus, in: *Osteuropa* 56 (9): 57-72.
- Wilson, Andrew (2005): *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World*. New Haven/London: Yale University Press.
- Wright Joseph (2008): To Invest or Insure? How Authoritarian Time Horizons Impact Foreign Aid Effectiveness, in: *Comparative Political Studies* 41 (7): 971-1000.
- Youngs, Richard (2008): Is European Democracy Promotion on the Wane? (CEPS Working Document, 292). <http://www.ceps.eu>

Zur Person:

Dr. Ingmar Bredies, 1997-2002 Studium der Politik- und Geschichtswissenschaften an der Universität Rostock und der Staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität; 2006 Promotion im Fach Politikwissenschaft an der Universität Rostock und der Kiewer Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität zum Thema „Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006“; seit Herbst 2006 DAAD-Fachlektor am Fachbereich Politikwissenschaft der Nationalen Universität „Kiewer Mohyla-Akademie“ im Rahmen eines deutschsprachigen Studiengangs für „Deutschland- und Europastudien“.

Forschungsschwerpunkte: Systemwechselforschung, Parlaments- und Parlamentarismusforschung, Recht und Politik in Osteuropa

Kontakt: bredies@ukr.net